



Antrag

der Grünen – ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 06. Juni 2019

von

KO GR Karl Dreisiebner

Betreff: Die Stadt Graz lehnt die geplante Einzelstandortverordnung für das sogenannte SCS Seiersberg ab!

Mitten im Mai - quasi im Schatten von Ibiza-Gate und EU-Wahlen - wurde seitens des Herrn Landesrat Lang öffentlich gemacht, dass er sich als zuständiger Raumordnungs-Landesrat für die Legalisierung des bis hin zu Entscheidungen der Oberst-Gerichte als „Schwarzbau“ zu bezeichnenden Einkaufs-Moloch in Seiersberg ausspricht. Diese rechtliche Legalisierung muss auf Basis der Möglichkeit einer sogenannten Einzelstandortverordnung nach § 31 Abs. 8 Stmk. Raumordnungsgesetz durch einen Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung abgewickelt werden. In der Landesregierung zuständig und somit 'Herr' über dieses Verfahren ist der eingangs bereits genannte Landesrat für Raumplanung.

Das Begutachtungsverfahren (www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/12542820/74835225/, zu dem die Stadt Graz binnen Frist eine sehr ausführliche, inhaltlich kritisch ablehnende Stellungnahme abgegeben hat, ist abgeschlossen.

(www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/12542820_74835225/a0415a77/Stadt%20Graz.pdf)

Es fehlt aber noch der Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung, der jederzeit fallen könnte und somit der Feinstaub geplagten Stadt Graz sowie vielen Umlandgemeinden weitere Umwelt- und Verkehrsbelastungen in hohem Ausmaß zumuten würde.

In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktion Die Grazer Grünen - ALG folgenden

Antrag:

Um jetzt - in der möglicherweise entscheidenden Phase des Verfahrens über die Erlassung einer Einzelstandortverordnung nach § 31 (8) Stmk ROG für den Fall 'SCS Seiersberg' - nochmals auf die massiven Folgeprobleme und Belastungen die durch eine solche Bewilligungserteilung der Stadt Graz

und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner erwachsen würden und natürlich um jede Möglichkeit bis zur letzten Minute zu nutzen, um die Landesregierung i.S. der vitalen Interessen der Stadt Graz entscheiden zu lassen, wird Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl ersucht, nochmals in Gespräche mit den in der Landesregierung vertretenen Personen beider Parteien einzutreten, um diese nachträgliche Legalisierung des an den öffentlichen Verkehr so gut wie nicht angebundenen und viel zu groß geratenen Einkaufszentrum im Gemeindegebiet von Seiersberg-Pirka noch abzuwenden.